



Prüft aber alles und das Gute behaltet

»Glaube + Heimat« Nr. 33 vom 18. August 2024

1. Thessalonicher 5, Vers 21

 <p>Bodo Ramelow Geboren 1956 im niedersächsischen Osterholz-Scharmbeck, verheiratet, zwei Söhne, Protestant. Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann, dann tätig als Filialleiter. Später Gewerkschaftssekretär in Mittelhessen, anschließend in Thüringen Landesvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. 1999 für die PDS im Thüringer Landtag, 2005 Mandat für den Bundestag auf der Landesliste der Thüringer Linkspartei. 2009 bis 2014 Vorsitzender der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Seit 2014 Ministerpräsident Thüringens. Foto: TSK/Delf Zeh</p>	 <p>Georg Maier Geboren 1967 im nordrhein-westfälischen Siegen, verheiratet, vier Kinder, Katholik. Studium der Betriebswirtschaftslehre. Verschiedene Tätigkeiten bei der KfW Bankengruppe in Frankfurt am Main, hier zuletzt Leiter der Gründungs- und Mittelstandsfinanzierung in Bonn. Staatssekretär im Thüringer Wirtschaftsministerium. Seit 2017 Thüringer Minister für Inneres und Kommunales. Seit 2020 Landesvorsitzender der SPD Thüringen. Seit 2021 stellvertretender Ministerpräsident des Freistaates sowie Mitglied im Bundesvorstand der SPD. Foto: SPD</p>	  <p>Madeleine Henfling Geboren 1983 im thüringischen Ilmenau, verheiratet, drei Kinder, evangelisch. Studium der Geschichte, Afrikanistik, Niederländische Sprachwissenschaften. Landessprecherin Bündnis 90/ Die Grünen Thüringen. Seit 2014 Mitglied des Thüringer Landtags. Bernhard Stengele Geboren 1963 in Wangen im Allgäu, ein Sohn, konfessionslos. Ausbildung und Tätigkeit als Schauspieler. 2020 bis 2023 Landessprecher von Bündnis 90/ Die Grünen. Seit 2023 Thüringer Minister für Umwelt, Energie und Naturschutz. Foto: Andreas Pöcking</p>	<p>Im Vorfeld der Landtagswahl hat die Kirchenzeitung die Spitzenkandidaten der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien um Antworten zu kirchen- und gesellschaftspolitischen Fragen gebeten. Die zumeist umfangreichen Lebensläufe der Spitzenkandidaten wurden seitens der Redaktion gekürzt. Zur Info: Bei Bündnis 90/ Die Grünen tritt ein Spitzenkandidaten-Duo an.</p>	 <p>Thomas L. Kemmerich Geboren 1965 in Aachen, verheiratet, sieben Kinder, römisch-katholisch. Kaufmännische Lehre im Groß- und Einzelhandel, Studium der Rechtswissenschaften, 1. juristisches Staatsexamen. Nach politischer Wende Selbstständigkeit in Erfurt, Unternehmensberater; Vorstandsvorsitzender »masson Friseur«; 2017 bis 2019 Mitglied des Deutschen Bundestags. 2009 bis 2013 und seit 2019 Mitglied des Landtags Thüringen. Seit 2015 Landesvorsitzender der FDP Thüringen. Foto: Guido Werner</p>	 <p>Mario Voigt Geboren 1977 in Jena, verheiratet, zwei Kinder, evangelisch. Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und des Öffentlichen Rechts; Promotion in Politikwissenschaft. 2004 bis 2009 verschiedene berufliche Stationen; Professor für Digitale Transformation und Politik, Quadriga Hochschule, Berlin. Seit 2009 Mitglied des Thüringer Landtags. Seit 2020 Vorsitzender der Fraktion der CDU im Thüringer Landtag. Seit 2022 Vorsitzender im Landesverband der CDU Thüringen. Foto: CDU</p>	 <p>Björn Höcke Geboren 1972 in Lünen/Westfalen, verheiratet, vier Kinder. Studium in Bonn, Gießen und Marburg; Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien. Schuldienst an Schulen in Hessen. Seit 2014 im Thüringer Landtag Vorsitzender der AfD-Fraktion. Sprecher für die Politikfelder Europa, Kultur und Medien sowie Sport. Landessprecher der AfD Thüringen und Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Nordhausen-Eichsfeld-Mühlhausen. Foto: AfD</p>
<p>Als Christ haben die Kirchen für mich einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Seit 2014 habe ich mit den Kirchen, aber auch mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen viele wunderbare und wichtige Projekte umgesetzt – so zuletzt den Katholikentag in Erfurt. Wenn es um die Kirchen im ländlichen Raum geht, geht es um den ländlichen Raum schlechthin. Der Erhalt einer Kirche spielt genauso eine entscheidende Rolle wie die Förderung des Kirchenbauvereins, aber auch des dörflichen Lebens insgesamt. Insoweit gelten unsere Initiativen, die wir mit der Ehrenamtsstiftung ergriffen haben und die Stärkung des Ehrenamts durch Verleihung des Verfassungsrangs, auch der Arbeit der Kirchen im ländlichen Raum.</p>	<p>Die SPD schätzt die Kirchen als wertstiftende Instanzen und wegen ihres vielfältigen sozialen Engagements. Das Wertesystem der Gesellschaft ist stark durch die Kirchen und ihre Gemeinschaften mitgeprägt. Gerade unsere moralischen Werte und Normen sind stark von ihnen beeinflusst. Die historischen Leistungen im Hinblick auf unsere Werte und Normen haben für die SPD einen äußerst hohen Wert. Außerdem bilden die Kirchen solidarische Gemeinschaften und wirken zusätzlich mit ihren sozialen Diensten auf unverzichtbare Weise. Deshalb wollen wir die Kirchen auch in Programmen zur Stärkung des sozialen Miteinanders bedenken.</p>	<p>Kirchen haben für uns einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Sie geben Menschen Halt und sind wertvolle Bündnispartner*innen im Einsatz für eine tolerante und vielfältige Gesellschaft. Deshalb fördern wir die Sichtbarkeit religiöser Vielfalt und unterstützen den interreligiösen Austausch. Zur Stärkung der Kirchen im ländlichen Raum unterstützen wir Förder- und Infrastrukturprojekte, die es ermöglichen, religiöse Überzeugungen ohne Diskriminierung zu leben. Dazu gehört auch das Programm »Förderinitiative Kirchen« zur Unterstützung der Sanierung von Dorfkirchen in kleinen Kirchengemeinden.</p>	<p>Welchen Stellenwert haben die Kirchen für Ihre Partei in der gesamtgesellschaftlichen Situation? Wie wollen Sie die Arbeit der Kirchen im ländlichen Raum unterstützend stärken?</p>	<p>Kirchen bringen Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status, Behinderung und politischer Anschauung zusammen. Sie schaffen Gemeinschaft und erbringen mit ihren sozialen Diensten einen wichtigen Dienst an der Gesellschaft. Der ländliche Raum in Thüringen muss generell gestärkt werden. Das umfasst die gesellschaftliche Infrastruktur ebenso wie die wirtschaftliche. Dies muss stets im Dialog mit den Akteuren vor Ort erfolgen. Wir stehen gern für vertiefende Gespräche zur Verfügung, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, die den Herausforderungen und Chancen der Zukunft gerecht werden.</p>	<p>Kirche ist Leben und Raum für Begegnung. Die Kirchen leisten einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und geben den Menschen Halt und Orientierung. Die wichtige Arbeit der Kirchen und kirchlichen Wohlfahrtsverbände in Seniorenheimen, Pflegeheimen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Betreuungseinrichtungen, in Caritas und Diakonie werden wir weiterhin finanziell und ideell, institutionell und projektbezogen unterstützen. Daneben wollen wir die Arbeit der Laien und Kirchen einfacher machen. Weniger Dokumentations-, Datenschutz- und Statistikpflichten sollen mehr Zeit für das Zwischenmenschliche lassen. Als CDU begreifen wir die Dorfkirchen als religiöses und kulturelles Wahrzeichen eines Ortes. Deswegen werden wir das Dorfkirchenprogramm dauerhaft einführen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass den Kirchenbauämtern die Rechte einer unteren Denkmalschutzbehörde übertragen werden können.</p>	<p>Zunächst sollten die Kirchen das Evangelium Jesu Christi verkünden und den Menschen den Weg zum Seelenheil nahebringen, den Christus aufgezeigt hat. Als wichtige gesellschaftliche Institution könnten die Kirchen zur Überwindung der Spaltungen unserer Gesellschaft beitragen. Leider versagen sich dem die Kirchen, indem sie mehr und mehr zu Agitatoren einer linksgrünen politischen Agenda werden. So verfehlen sie meiner Meinung nach ihren gesellschaftlichen Auftrag. Ich glaube im Übrigen, dass politische »Unterstützung« die Kirchen nur noch abhängiger macht und ihnen am Ende eher schadet als nützt.</p>
<p>Zum Thema Ablösung der Staatskirchenleistungen und der Kirchensteuer habe ich mich immer klar positioniert. Schon die Weimarer Reichsverfassung befürwortete eine Staatsleistungsablösungsoffensive. Das gilt bis heute. Zu lange haben sich auch die Kirchen dagegen gewehrt. Die Linke hat im Deutschen Bundestag zwei Mal Initiativen ergriffen. Zu diskutieren wäre überdies, ob die Kirchensteuer – italienischem Vorbild folgend – in eine Kultussteuer gewandelt werden könnte oder sollte, um so auch das Gemeinnützigkeitsrecht zu modernisieren. Jeder Bürger zahlt einen Obolus, kann aber selbst entscheiden, an wen.</p>	<p>Die SPD Thüringen möchte weder bei Staatskirchenleistungen noch der Kirchensteuer Änderungen durchführen. Die SPD hält an den Staatsverträgen mit der evangelischen und katholischen Kirche zur Regelung der Aufgaben, die die Kirchen im Dienste der Allgemeinheit wahrnehmen, fest. Denn diese Verträge stellen eine gute und etablierte Grundlage kirchlicher Arbeit dar. Die Diskussion um die Ablösung von Staatskirchenleistungen ist nicht zielführend und für Thüringen keine Lösung. Der Staat müsste trotzdem schützenswerte Bauten weiter mit erhalten. Den zu leistenden dreistelligen Millionenbetrag können wir nicht aufbringen, ohne viele andere Maßnahmen dafür zu streichen. Die Kirchensteuererhebung ist automatisiert und für beide Partner der wirtschaftlichste Prozess. Und: Die Kirche leistet für den Staat sowie die Bürgerinnen und Bürger vielfältige seelsorgerische und karitative Arbeit im Hauptamt und mit vielen Ehrenamtlichen. Ihre Arbeit ist dringender denn je!</p>	<p>Im Koalitionsvertrag der Ampel ist festgelegt, dass die Bundesregierung in einem Grundsatzgesetz im Dialog mit Ländern und Kirchen einen fairen Rahmen für die Ablösung der Staatsleistungen schaffen möchte. Wir stehen weiterhin hinter dieser Forderung. Wichtig bleibt aber, das Interesse der Kirchen an der Absicherung ihrer gesellschaftlich bedeutsamen Tätigkeit in Einklang zu bringen mit dem Interesse der Länder, nicht durch Zahlungspflichten finanziell überfordert zu werden. Die Bedarfe müssen von beiden Seiten transparent angegeben werden.</p>	<p>Wie steht Ihre Partei zur Ablösung der Staatsleistungen? Ist die Kirchensteuer noch zeitgemäß?</p>	<p>In diesem Jahr erhalten die Kirchen mehr als 600 Millionen Euro an Staatsleistungen. Sie sind Pächtersatzzahlungen im weitesten Sinne. Zugleich sieht das Grundgesetz (Artikel 138) die Ablösung dieser Leistungen vor, ohne diesen Schritt sanktionsbewehrt zu verlangen. Wir Freien Demokraten stehen für eine strikte Trennung von Staat und Kirche. Ziel muss sein, langfristig die Unabhängigkeit sowie finanzielle Eigenständigkeit der Kirchen zu gewährleisten. Das Privileg, dass der Staat die Kirchensteuern veranlagt, ist nicht mehr zeitgemäß. Kirchen sollten selbst Mitgliedsbeiträge erheben.</p>	<p>Aufgrund ihrer wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben halten wir den staatlichen Vollzug dieses Beitrages für sinnvoll. Was vielen Menschen nicht klar ist: Die Kirchen vergüten dem Staat diese Dienstleistung. Gleichzeitig gibt es eine grundsätzliche Bereitschaft sie abzulösen. Das ist auch ein Verfassungsauftrag. Entscheidend ist, dass die Kirchen dabei wirtschaftlich nicht schlechter gestellt werden. Denkbar wäre aber das Konzept breiter aufzustellen, damit es sich nicht länger wie ein Nachteil für kirchlich gebundene Personen anfühlt und nicht länger als Grund für Austritte herhalten kann.</p>	<p>Die AfD fordert, dass der Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen, der seit über 100 Jahren besteht, endlich umgesetzt wird. Das System der Kirchensteuer hat sich nach unserer Überzeugung prinzipiell bewährt, wir sehen aber auch, dass darüber diskutiert werden muss, ob dieses System angesichts der sinkenden Bedeutung der Kirchen und des wachsenden Einflusses des Islam heute noch zeitgemäß ist.</p>
<p>Lautstarker Antisemitismus, SA-Parolen, die von Funktionsträgern einer Partei in der Öffentlichkeit postuliert werden – all das zeigt, dass faschistisches Gedankengut versucht, gesellschaftsfähig zu werden. Ich werde den Wahlkampf nutzen, um gegen die Normalisierung des Faschismus zu kämpfen. Hass und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erfahren unseren erbitterten Widerspruch. Gemeinsam mit Initiativen wie »Weltoffenes Thüringen« möchte ich zeigen, dass Thüringen ein buntes und vielfältiges Land ist, in dem Artikel 1 des Grundgesetzes gelebt wird: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.«</p>	<p>Als SPD treten wir entschieden jeder Form von Antisemitismus entgegen. Speziell in Thüringen streben wir verschiedene Maßnahmen an, um den Antisemitismus aktiv zu bekämpfen. So stärken wir einerseits den Schutz jüdischer Einrichtungen und wollen andererseits ein Demokratieförderungsgesetz beschließen, um so bewährten Projekten des Engagements zur Demokratieförderung und politischen Bildung eine verlässliche und langfristige Ausfinanzierung zu ermöglichen.</p>	<p>Wir stehen Antisemitismus entschlossen entgegen, auch stehen wir solidarisch an der Seite von Jüdinnen und Juden und stellen uns schützend vor die Orte jüdischen Lebens. Dafür wollen wir die Jüdische Landesgemeinde Thüringen stärker unterstützen und Schutzmaßnahmen zur Sicherstellung jüdischen Lebens in Thüringen ständig anpassen. Außerdem wollen wir politische und kulturelle Bildungsangebote zu jüdischem Leben ausbauen und die Finanzierung von jüdischen Kulturangeboten wie dem Yiddish Summer Weimar langfristig absichern. Ebenso gilt es, Orte des Erinnerns in Thüringen zu schützen und weiter auszubauen.</p>	<p>Antisemitische Vorfälle nehmen zu. Der Hass auf Israel wächst. Wie gedenken Sie in Thüringen damit umzugehen?</p>	<p>Antisemitische Vorfälle werfen einen tiefen Schatten auf Thüringen. Ausgangspunkt sind meist rechte und linke sowie muslimische Milieus. Jüngste Vorfälle korrelieren nicht selten mit Fehlentwicklungen in der Asyl- bzw. Einbürgerungspolitik. Wir müssen klarmachen und durchsetzen, was die Voraussetzungen sind, dauerhaft in unserem Land bleiben zu können. Dazu gehört, dass der Schutz jüdischen Lebens und das klare Bekenntnis zu Israel unverrückbare Bestandteile unserer Werte- und Rechtsordnung sind. Die FDP hat auf Bundesebene einen detaillierten Maßnahmenkatalog gegen Antisemitismus vorgelegt.</p>	<p>Judenhass auf öffentlichen Plätzen, in Schulen oder im Internet werden wir mit aller Härte verfolgen und bestrafen. Unser historisches Erbe verpflichtet für die Gegenwart. In Thüringen müssen sich Jüdinnen und Juden sicher fühlen. Wir wenden uns gegen Gleichgültigkeit, Geschichtsvergessenheit und Relativismus. Im engen Austausch mit der jüdischen Landesgemeinde werden wir jüdisches Leben und jüdische Kultur in Thüringen ebenso wie Synagogen, Friedhöfe, Gemeindehäuser und Schulen erhalten und schützen. Wir werden uns verstärkt für eine Aufklärungs- und Bildungsarbeit einsetzen.</p>	<p>Wir lehnen jeden Antisemitismus ab. Dass der Antisemitismus heute wieder stark um sich greift, ist allerdings Folge der verfehlten Einwanderungspolitik der Altparteien, die nämlich zum Import eines aggressiven muslimischen Antisemitismus geführt hat. Die konsequente Remigrationspolitik der AfD wird auch diesbezüglich Abhilfe schaffen.</p>
<p>Das Kirchenasyl ist ein besonderes Institut, das ich sehr achte. Es ist kein rechtsfreier Raum, sondern eine uralte kulturelle Besonderheit, um auch in sehr schwierigen Situationen Lösungen zu finden und auszuhandeln – nicht zuletzt ist es auch ein Zeichen gelebter Humanität, die jeden Menschen gleichermaßen umfasst.</p>	<p>Das Kirchenasyl bietet Menschen in Einzelfällen im Falle einer getroffenen Entscheidung durch die zuständigen Behörden die Möglichkeit, durch einen Zeitaufschub für ihre Interessen eintreten zu können und gegebenenfalls eine Korrektur der Entscheidung zu erwirken. Das Kirchenasyl ist somit letztes Mittel für diese Personen und sollte auch nicht kriminalisiert werden.</p>	<p>Wir verstehen das Kirchenasyl als humanitäre Maßnahme, die in Härtefällen Menschen vor Abschiebung schützt und ihnen ermöglicht, bis zur erneuten Prüfung ihres Falls in Deutschland zu bleiben. Für uns zählt jeder Mensch, und wir verteidigen das verfassungsrechtliche Asylrecht auf allen Ebenen. Das Sterben an den europäischen Außengrenzen muss enden, eine faire Prüfung von Schutzansprüchen ist unerlässlich. Daher unterstützen wir das Engagement der Kirchen und setzen uns für eine humane Asylpolitik ein, die individuelle Härten berücksichtigt und menschenrechtliche Standards wahrt.</p>	<p>Wie beurteilen Sie das Kirchenasyl?</p>	<p>Das Grundrecht auf Asyl für politisch bzw. religiös Verfolgte ist unantastbar. Das gilt ebenso für das Justizmonopol des Staates, welches nicht durch das Kirchenasyl unterlaufen werden darf. Eine liberale Einwanderungspolitik, wie sie uns vorschwebt, basiert auf klaren Regeln und auf der Durchsetzung rechtsstaatlich getroffener Entscheidungen. Auch als unmittelbare Reaktion auf ein mögliches Kirchenasyl ist in Thüringen eine beim Justizministerium angesiedelte Härtefallkommission entstanden. Sie entscheidet, ob vollziehbar ausreisepflichtige Personen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können.</p>	<p>Der Staat hat sich mit den Kirchen darauf verständigt, dass Gemeinden in besonders gelagerten, humanitären Fällen Flüchtlinge aufnehmen können – wenn sie bestimmte Regeln befolgen. Kirchenasyl muss die absolute, sehr gut begründete Ausnahme bleiben, denn jeder Asylbewerber bekommt in Deutschland ein faires Verfahren und eine ausreichende Versorgung während des Aufenthalts. Wer anerkannt wird, erhält Schutz und Aufenthaltsrecht. Wird der Antrag von Amt und Gericht abgelehnt, entsteht eine Ausreisepflicht. Es ist ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit, dass diese vollzogen wird.</p>	<p>Das Kirchenasyl stellt eine Untergrabung des Rechtsstaates dar, die wir wie jede Untergrabung des Rechtsstaates strikt ablehnen.</p>
<p>Zwei Lieder geben mir immer wieder Kraft und Mut: »Von guten Mächten wunderbar geborgen« und »Vertraut den neuen Wegen«.</p>	<p>Mich als Katholiken nach einem Lieblingslied aus dem Evangelischen Gesangbuch zu fragen, ist natürlich eine etwas schwierigere Sache. Dennoch beantworte ich die Frage sehr gerne. Mein Lieblingslied ist Dietrich Bonhoeffers »Von guten Mächten treu und still umgeben«. Dessen Text verfasste Bonhoeffer im Dezember 1944 in Gestapo-Haft und mit dem sicheren Tod vor Augen. Dass er trotz dieser ausweglosen Situation, die viele andere in Verzweiflung getrieben hätte, stark im Glauben und im Vertrauen auf Gott blieb und das auch noch textlich derart berührend formulieren konnte, beeindruckt mich immer wieder.</p>	<p>Madeleine Henfling: Mein Lieblings-Kirchenlied ist das irische Segenslied »Möge die Straße«. Dieses verbinde ich mit den Kantoreiwochen in meiner Kinder- und Jugendkantorei, da es bei diesen immer das Abschlussslied war. Bernhard Stengele: »O Haupt voll Blut und Wunden« ist mein liebstes Kirchenlied. Denn dunkelste und verzweifelte Stunden gehören zu jedem Leben dazu – auch zu dem von Jesus Christus.</p>	<p>Das Evangelische Gesangbuch feiert sein 500-jähriges Jubiläum. Welches ist Ihr liebstes Kirchenlied und warum?</p>	<p>»Es ist ein Ros entsprungen.« Ich bin geborener Rheinländer. Das ursprünglich katholische Lied verbreitete sich von meiner Heimat aus schon um das Jahr 1600 in ganz Deutschland. Auch in meiner neuen Heimat, hier im schönen Thüringen, kam es schnell an. Längst ist es ein Inbegriff des ökumenischen Kirchenlieds geworden. Es verbindet die Menschen und stiftet sehr viel Freude. Was kann schöner sein ...</p>	<p>Ganz traditionell: »Großer Gott, wir loben dich«. Ein Lied, in das über Konfessionen hinweg viele einstimmen können. Das schafft ein wunderbares Gemeinschaftsgefühl. Je nach Situation finde ich auch das Gottvertrauen und die Gelassenheit, die in »Von guten Mächten wunderbar geborgen« oder »Meine Zeit steht in deinen Händen« zum Ausdruck kommen, enorm wichtig und inspirierend. Und gerade in diesen Zeiten brauchen wir das zentrale christliche Motiv der Nächstenliebe. Ein schönes Lied, das zeigt, wie uns die Nächstenliebe mit Gott verbindet, ist aus meiner Sicht »Wenn das Brot, das wir teilen«.</p>	<p>Als konfirmierter Protestant bin ich in meinen jungen Jahren oft in der Kirche gewesen. Nach meinem Kirchnaustritt, den ich wegen der Politisierung dieser Institution vollzog, allerdings kaum noch. Ein Kirchenliedverfasser, der mir mit seinen Texten, die Naturmystik und Glaubenstiefe verbindet, in Erinnerung geblieben ist, ist Paul Gerhardt. Er hat Überzeitliches geschaffen.</p>